

Donnepp, Inge (Ingeborg), geb. Schnepfer



geb. 13. Dezember 1918 in Unna, Westfalen, gest. 31. Juli 2002 in Recklinghausen, Rechtsanwältin, Richterin, Landtagsabgeordnete, erste Justizministerin und Ministerin für Bundesangelegenheiten der Bundesrepublik auf Landesebene (Nordrhein-Westfalen)

Inge Donnepp wurde am 13. Dezember 1918 als Ingeborg Schnepfer in Unna geboren. Der Vater war Rechtsanwalt und Notar. Nach dem Abitur 1937 studierte sie zunächst an der Dolmetscherschule in Heidelberg Englisch und Französisch. Nach dem Abschlussexamen stellte Donnepp fest, dass sie, wenn sie ein Junge gewesen wäre, Jura gewählt hätte.

Am nächsten Tag immatrikulierte sie sich also für Jura an der Berliner Universität. Die Studienjahre verbrachte Donnepp im Sommer in Rostock, im Winter in Berlin. Als Frau fühlte sie sich während des Studiums sehr allein. Einige Kurse aus der Heidelberger Zeit wurden ihr angerechnet, sodass sie nach nur eineinhalb Jahren Studium 1941 die Erste Staatsprüfung ablegen konnte. Ihr Repetitor war der spätere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger. Die Ausbildung als Referendarin im Nationalsozialismus ging oft gegen ihre Grundsätze. Insbesondere wenn es um Schwangerschaftsabbruch ging, stand sie der Ideologie des Nationalsozialismus entgegen. Ab 1943 stand, für den Fall, dass „die Lebenskraft des deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigt“ wird, Abtreibung unter Todesstrafe für den Täter, in besonders schweren Fällen auch für die Schwangere. Donnepp erlebte in ihrer Ausbildung die Verurteilung zweier Mütter zu Zuchthausstrafen, die versucht hatten, ihre jeweils vierte Schwangerschaft abzubrechen. Sie sagte später, sie habe selten so viele verzweifelte Frauen gesehen wie in der Sitzung nach dieser Urteilsverkündung und habe daher beschlossen, dass so etwas – sollte sie jemals Verantwortung bekommen – nie mehr passieren würde. Deswegen setzte sie sich Zeit ihres Lebens für die Abschaffung des § 218 StGB ein.

Über die Berufsaussichten als Juristin machte sich Donnepp während ihrer Ausbildung keine Gedanken. Sie war einerseits zuversichtlich, dass der ganze Spuk eines Tages vorübergehen würde, und andererseits war man im Krieg mit Fragen des Überlebens beschäftigt. Im Jahr 1944 unterbrach sie zunächst ihre juristische Ausbildung, weil sie ein Kind erwartete. 1943 hatte sie den Medienpädagogen Bert Donnepp, Gründer des Fernseh Wettbewerbs Adolf-Grimme-Preis, geheiratet. Es gab jedoch auch einige Schwierigkeiten, weil sie kein Mitglied der NSDAP war. Ebenso schwer schien es Donnepp gefallen zu sein, die notwendigen Bürgschaften für ihre Heirat zu erhalten, weil sie ausländische Sender abgehört hatte und durch antinationalsozialistische Äußerungen aufgefallen war. Bis Kriegsende zog sie zu ihrer Schwester nach Oberstdorf im Allgäu; nach Kriegsende kehrten die Geschwister ins Ruhrgebiet zurück.

Kurz danach setzte Donnepp ihren Vorbereitungsdienst fort. Nach dem bestandenen Zweiten Staatsexamen meldete sie sich für die Justiz, wurde aber abgelehnt, sie sei mit ihren 29 Jahren zu alt. So begann sie als Anwaltsassessorin bei einem Rechtsanwalt in Marl. Als sie ihre eigene Zulassung beantragte, wurde ihr bei einem Gespräch empfohlen, einen Assoziationsvertrag mit einem anderen Rechtsanwalt abzuschließen. Bis 1954 arbeitete sie mit einem Nachbarn in einer von ihnen gemeinsam gegründeten Anwaltskanzlei. Später erwarb sie noch die Bezeichnung „Fachanwalt für Steuerrecht“.

1954 bewarb Donnepp sich erneut um die Aufnahme in die höhere Justiz, dieses Mal erfolgreich. Richterin war schon immer ihr Traumberuf gewesen. Fortan war sie als Richterin am Sozialgericht in Münster und später in Gelsenkirchen tätig. In dieser Funktion erlebte sie immer wieder die Benachteiligung von Frauen durch das geltende Recht.

Mitte der 1950er Jahre fand sie den Weg in die Politik. In der Bundesrepublik wurde über die Wiederbewaffnung und die Atomrüstung der Bundeswehr gestritten, und Donnepp engagierte sich in der sogenannten „Atomtod“-Kampagne. 1957 trat sie in die SPD ein. Sie wurde Vorsitzende der Schiedskommission ihres Unterbezirks und machte sich in der Lokalpolitik einen Namen. 1973 übernahm sie den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Nordrhein-Westfalen. Seit 1979 war sie Mitglied des SPD-Parteivorstandes und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Vom 28. Mai 1975 bis 29. Mai 1985 war sie über die Landesliste zur Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages in der 8. und 9. Wahlperiode gewählt worden. Schon in ihrem ersten Jahr als Abgeordnete wurde Donnepp darüber hinaus von Ministerpräsident Heinz Kühn zur Ministerin für Bundesangelegenheiten berufen. Wenig später übernahm sie zusätzlich den Geschäftsbereich der Frauenbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen und wurde 1977 deutsches Mitglied der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen. Sie war es auch, die 1978 den ersten Haushaltstitel für Frauen in einem deutschen Landesetat durchsetzte. Im Zuge der Regierungsumbildung 1978 wurde Donnepp Justizministerin im Kabinett von Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen. Damit war sie die erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik, die dieses „klassische“ Ministerium führte, da Konrad Adenauer einige Jahre vorher → Elisabeth Schwarzhaupt trotz ihrer juristischen Qualifikation stattdessen mit dem Gesundheitsministerium betraut hatte.

Donnepp engagierte sich für die Neufassung von § 218 StGB sowie für eine Reform des Familienrechts. In den wenigen Jahren als Politikerin konnte sie einen Beitrag dazu leisten, das umzusetzen, wofür die Frauenbewegung und sie seit Jahrzehnten kämpften. 1976 verabschiedete der Deutsche Bundestag einen Gesetzesentwurf zur Reform des § 218 StGB, der nach vergeblicher Einschaltung des Vermittlungsausschusses schließlich als 15. Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft trat. Einen Monat später brachte die zweite Familienrechtsreform auch weitestgehende Gleichheit für Frauen in der Familie. Als Frauenbeauftragte der Landesregierung setzte Donnepp sich für eine bessere Ausbildung für Frauen ein: „Mädchen Mut machen“ hieß

eine Kampagne, um Mädchen zum Ergreifen von sogenannten Männerberufen zu ermutigen.

Donnepp setzte in ihrer Amtszeit auch den Reformprozess im Strafvollzug fort. 1979 gab sie den Anstoß zur Gründung der Justizakademie in Recklinghausen, um das Justizpersonal fortzubilden. 1981 weihte Donnepp den bisher größten nordrhein-westfälischen Justizkomplex ein: das Land- und Amtsgericht Köln. Auch die Novellierung der Schiedsmannordnung, die erst nach ihrem Ausscheiden 1984 in Kraft trat, war maßgeblich von ihr vorangetrieben worden. 1983 legte sie mit Erreichen ihres 65. Lebensjahres den Ministerinnenposten nieder. 1985 zog sie sich nach einem langen und erfüllten Arbeitsleben auch als Landtagsabgeordnete zurück.

1948 gehörte Donnepp zu den ersten Mitgliedern des Deutschen Juristinnenbundes e. V. (djv). Bis zuletzt war sie interessiert an aktuellen politischen Entwicklungen. Sie erhielt 1997 den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen, mehrere Straßen sind nach ihr benannt.

Am 31. Juli 2002 starb die ehemalige Justizministerin in Recklinghausen.

Werke (Auswahl): Der Bundesrat: Gesetzgebung im Spannungsfeld zweier Verfassungsorgane, Düsseldorf 1976; Unsere Jugend schützen, Düsseldorf 1978; Jugend und Justiz: Zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge. Rede des Justizministers (!) auf einer Sitzung des Kinderschutzbundes am 28. Januar 1980 in Düsseldorf, Düsseldorf 1980; Resozialisierung innerhalb und außerhalb des Strafvollzugs, Düsseldorf 1982; Jugendkriminalität und Jugendstrafvollzug in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1982; Frauenkriminalität und Frauenstrafvollzug in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1982.

Literatur (Auswahl): Ein Interview mit Inge Donnepp, in: Fabricius-Brand, Margarete, Berghahn, Sabine und Sudhöffer, Kristine: Juristinnen. Berichte, Fakten, Interviews, Berlin 1982, S. 198–206; Donnepp, Inge, in: Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, online: <http://www.munzinger.de/document/00000014389> (letzter Zugriff: 14.11.2023); Huerkamp, Claudia: Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996; Röwekamp, Marion: Die ersten deutschen Juristinnen. Eine Geschichte ihrer Professionalisierung und Emanzipation (1900–1945), Köln 2011.

Quellen: Interview mit Inge Donnepp am 2. Mai 2002; Generallandesarchiv Karlsruhe 465c Nr. 1331; Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe, 465c Nr. 1331; FFBIZ – das feministische Archiv, A Rep. 400 International 19 UNO.